

**Vorläufige Stellungnahme
zum Forschungsinstitut für
Öffentliche Verwaltung, Speyer (FÖV)**

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	2
A. Vorläufige Stellungnahme	4
B. Begründung	4
C. Ergänzende Empfehlungen	5
Anlage: Bewertungsbericht zum Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung	6

Vorbemerkung

Der Wissenschaftsrat ist von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im April 1994 gebeten worden, alle Einrichtungen der Blauen Liste, beginnend mit dem 1. Januar 1995, innerhalb von fünf Jahren auf der Grundlage seiner Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste vom November 1993 zu bewerten.

Bei den Einrichtungen der Blauen Liste handelt es sich um selbständige Forschungseinrichtungen, Trägerorganisationen oder Service-Einrichtungen für die Forschung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse, die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b des Grundgesetzes vom 28. November 1975 (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) gefördert werden.

Seit 1977 gehört das Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV), Speyer, zu den Forschungseinrichtungen in der Blauen Liste. Der Wissenschaftsrat hat in der Vergangenheit bereits einmal - im Jahre 1980 - zum Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV), Speyer, Stellung genommen und empfohlen, das FÖV in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung aufzunehmen.¹⁾

In seiner Sitzung am 10. Juli 1997 hat der Wissenschaftsrat beschlossen, das Bewertungsverfahren zum Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV), Speyer, in der ersten Jahreshälfte 1998 durchzuführen, und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. In dieser Bewertungsgruppe haben auch Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet. Die Arbeitsgruppe hat am 5./6. Februar 1998 das Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung besucht und anschließend den vorliegenden Bewertungsbericht vorbereitet.

¹⁾ Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Köln 1981, S. 114-115.

Der Ausschuß Blaue Liste hat in seiner Sitzung am 2./3. Dezember 1998 beschlossen, dem Wissenschaftsrat im Januar 1999 keine abschließende Stellungnahme zur Weiterförderung des Forschungsinstituts für Öffentliche Verwaltung in der Blauen Liste vorzulegen. Statt dessen wird die nachfolgende vorläufige Stellungnahme dem Wissenschaftsrat zur Verabschiedung vorgelegt.

Der Wissenschaftsrat hat die vorläufige Stellungnahme am 22. Januar 1999 verabschiedet.

A. Vorläufige Stellungnahme

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, das Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer für weitere drei Jahre in der Blauen Liste zu fördern. Die Zuwendungsgeber und das Institut werden aufgefordert, die erforderlichen Satzungs- und Strukturänderungen vorzunehmen, um die erforderliche Selbständigkeit des FÖV von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften zu ermöglichen. Das Institut muß ein von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften deutlich abgegrenztes Forschungsprogramm entwickeln. Alternativ zu den erforderlichen Satzungs- und Strukturänderungen wäre die Integration des FÖV in die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Betracht zu ziehen. Vor Ablauf der drei Jahre wird der Wissenschaftsrat eine Empfehlung zur Weiterförderung oder zur Beendigung der Förderung des FÖV in der Blauen Liste verabschieden.

B. Begründung

Da die Verwaltungswissenschaften in Deutschland – von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht als eigenständige Fachrichtung an den Universitäten etabliert sind, kommt dem FÖV eine zentrale Rolle für die Weiterentwicklung der Verwaltungswissenschaften zu. Es erfüllt eine wichtige Aufgabe in der Erarbeitung der theoretischen und praktischen Grundlagenforschung für die Verwaltungsmodernisierung und für den Umbau des Staates. Das FÖV hat sich sowohl in der Verwaltungspraxis als auch innerhalb der Wissenschaft Anerkennung erworben, zum Teil über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Die Forschungsleistungen des FÖV sind insgesamt gut, einzelne Bereiche sind der Spitzenforschung zuzurechnen. Bislang trägt die am Institut betriebene Forschung aber überwiegend den Charakter einer Hochschulforschung, die durch die heterogenen Forschungsinteressen an den einzelnen, nur lose miteinander verkoppelten Lehrstühlen der Verwaltungshochschule geprägt ist. Die besonderen Vorteile der außeruniversitären Forschung, wie die Langfristigkeit bei der Bearbeitung von The-

men und der Sammlung von Daten sowie die disziplinübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprogramms, wurden am FÖV bisher kaum genutzt. Aufgrund der engen Anbindung an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften und der faktischen Regelmitgliedschaft der Lehrstuhlinhaber der Hochschule am Forschungsinstitut ist die Struktur der Forschungsarbeit weitgehend durch die Hochschule geprägt. Ein kohärentes Forschungsprogramm, das die Einzelprojekte des Instituts miteinander verbinden könnte, existiert bislang nicht. Deshalb muß das Forschungsinstitut in Zukunft ein von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften deutlich abgegrenztes eigenes Profil entwickeln. Angesichts der Größe und Bedeutung des öffentlichen Sektors in Deutschland ist ein Zentrum für Verwaltungswissenschaft von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse. Die vorgeschlagenen Satzungs- und Strukturänderungen sowie die Entwicklung eines stärker konturierten Forschungsprogramms können dazu beitragen, das teilweise sehr gute fachliche Potential des Instituts stärker in die internationale Verwaltungsforschung einzubringen.

C. Ergänzende Empfehlungen

Um am FÖV eine stärker international orientierte Verwaltungsforschung zu etablieren, sind vor allem folgende Voraussetzungen erforderlich:

- die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften müssen gegenüber den gegenwärtig dominierenden Rechtswissenschaften deutlich gestärkt werden;
- das FÖV sollte als Kompetenzzentrum der Verwaltungsforschung in Deutschland eigene Schwerpunktinitiativen entwickeln, wie z.B. die Beantragung einer Forschergruppe „Verwaltungsmodernisierung“ bei der DFG;
- die wissenschaftlichen Arbeiten müssen stärker mit dem Ziel einer Publikation in international referierten Zeitschriften der Organisations- und Verwaltungsforschung durchgeführt werden;
- auswärtigen Wissenschaftlern müssen vermehrt Möglichkeiten eröffnet werden, ihre Forschungsarbeiten im FÖV in Kooperation mit den dortigen Wissenschaftlern durchzuführen.